

FBP-Termine

Familienbrunch der FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald

MAUREN-SCHAANWALD Am Sonntag, den 16. Oktober, lädt die FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald alle Einwohnerinnen und Einwohner von Mauren und Schaanwald zum Familienbrunch ein. Dieser findet ab 11 Uhr im Restaurant Hirschen in Mauren statt. Wir freuen uns, wenn viele Nanas und Nenis, Mamas und Papas sowie Töchter und Söhne mit uns gemütlich den Sonntagmittag verbringen. Sowohl Vorsteher Freddy Kaiser mit der FBP-Gemeinderatsfraktion als auch Parteipräsident Alexander Batliner stehen für gemeindespezifische bzw. landespolitische Fragen zur Verfügung. Die Speisen werden von der FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald offeriert. Kommt und genießt mit uns einen schönen Sonntag. Anmeldungen werden über die Mailadresse mauren@fbp.li oder über Telefon 237 79 40 entgegengenommen. Wir freuen uns auf euren Besuch.

Vorstand der FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald

«Kaffee- und Gipfeltreffen» der FBP Eschen-Nendeln

ESCHEN-NENDELN Am Samstag, den 15. Oktober, lädt die FBP-Ortsgruppe Eschen-Nendeln alle Einwohnerinnen und Einwohner von Eschen und Nendeln zum «Kaffee- und Gipfeltreffen» ein. Dies findet von 10 bis 12 Uhr in der Aula der Primarschule Eschen statt. Unsere Gemeinderäte werden in ihre Themen kurz einführen, damit wir dann in Kleingruppen diese Themen diskutieren können. Unsere Bilanz nach 6 Monaten im neuen GR. Wie weiter mit den Kindergärten, Primarschulen und Tagesstrukturen in unseren Ortsteilen? Kulturgüter oder nur Trödlerware? Gibt es Synergien zwischen Forstbetrieb und Werkhof? Wir freuen uns auf einen regen Gedankenaustausch bei Kaffee und Gipfel.

Vorstand der FBP-Ortsgruppe Eschen-Nendeln

Ortsgruppenversammlung mit Vorstandswahlen

TRIESEN Aktuelles aus der Gemeinde, wie beispielsweise das zu sanierende Gemeindezentrum, wichtige Agenden aus der Landespolitik und die Wahlen des FBP-Ortsgruppenvorstands: Diese Themen behandelt die Ortsgruppenversammlung der FBP Triesen am Montag, den 17. Oktober, um 19.30 Uhr, im Restaurant «Alte Eiche» in Triesen. Eingeladen zur Information über aktuelle Themenschwerpunkte, einem offenen Austausch mit Mandatären aus Land und Gemeinde sind alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner. Die FBP-Ortsgruppe Triesen freut sich auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher und auf interessante Gespräche rund um die politischen Agenden. FBP Ortsgruppe Triesen

FBP LIECHTENSTEIN

Aeulestrasse 56, 9490 Vaduz
Tel.: 237 79 40
Fax: 237 79 49
www.fbp.li



FBP aktuell

SZU II: «Spar»-Projekt zu realisieren

Standpunkt Manfred Batliner wird einem Ausbau des Gymnasiums und einer Verlängerung der Mietlösung St. Elisabeth nicht zustimmen. Stattdessen fordert der FBP-Abgeordnete eine abgespeckte Variante des Schulzentrums Unterland II.

Nun ist es klar. Die Regierung hat über das Schulzentrum Unterland (SZU II) ein 5-jähriges Moratorium verhängt. Gleichzeitig wird der Mietvertrag für die Realschule St. Elisabeth und die Sportschule neu für weitere 10 Jahre ab 2015 vereinbart. Und beim Gymnasium werden 24 Millionen Franken investiert. Betrachtet man die finanziellen und zeitlichen Faktoren hinsichtlich Investitionen, Mietverträge und Moratorium, so ist glasklar, dass das SZU II als Schulstandort bei dieser Regierung durchgefallen ist.

Was ist passiert? Die FBP beantragt im Juni 2010 ein Postulat zu den Schulbauten und zur Schulraumplanung. Diverse Kleine Anfragen hatten gezeigt, dass die Berufsmittelschule, die Sportschule und die Realschule St. Elisabeth Schulraumprobleme haben. Die Postulatsbeantwortung hätte die Zukunftsplanung erleichtern sollen.

Gerade auch im Hinblick auf den gesprochenen Verpflichtungskredit über 55 Millionen Franken für das SZU II hätte der Landtag weitere Informationen benötigt. Die VU-Fraktion war jedoch der Ansicht, dass der Hochbautenbericht genügend Informationen biete, um den Schulraumbedarf und deren Standorte überblicken zu können. Entsprechend wurde das Postulat nicht an die Regierung überwiehen.

Im September 2011 sind einige Unterländer VU-Abgeordnete zur Auffassung gelangt, dass die Regierung doch noch weitreichendere Unterlagen beschaffen sollte, um «ein möglichst optimales und langfristig ausgerichtetes Schulraumkonzept der Sekundarschulen», insbesondere auch im Lichte der beiden «Zukunftsprojekte Agenda 2020 und Bildungsstrategie 2020», planen zu können. Doch bevor die Interpellation im Septemberlandtag der Regierung zur Klärung übergeben wurde, hat die Regierung ein fünfjähriges Moratorium über das SZU II verhängt, was einem faktischen «Aus» gleichkommt.

Entwicklung der Schülerzahlen

Das Gutachten über die Entwicklung der Bevölkerung aus dem Jahre 2008 zeigt, dass in den kommenden 20 Jahren der Bestand der Gruppe «bis 20-Jährige» nur um 100 Personen an-



Manfred Batliner: «Erwarte von der Regierung eine Schulstandortplanung, die die Regionen optimal abdeckt.» (Foto: Trummer)

wachsen wird. Ohne Beeinflussung der Rahmenbedingungen wächst diese Gruppe bis ins Jahr 2030 um weitere 280 Personen. Umgerechnet auf einen Jahrgang kann grundsätzlich mit mehr oder weniger gleichbleibenden Zahlen gerechnet werden.

Finanzierung von SZU II möglich

Noch in diesem Jahr plant die Regierung, einen Verpflichtungskredit für einen Anbau beim Gymnasium (LG) über 24 Millionen Franken zu beantragen. Es ist allgemein bekannt und auch anerkannt, dass das LG diesen Raumbedarf hat. Die Realschule St. Elisabeth und die Sportschule sind zu beträchtlichen Kosten eingemietet. Regierungsrat Quaderer erklärte dem Landtag, dass es unüblich sei, in Miete zu sein und deshalb die Frage gestellt werden

müsse, ob der Staat nicht Eigentümer der Schulstandorte sein müsste. Diese Meinung teile ich voll und ganz. Mit der Mietlösung St. Elisabeth kann eine Investition im Gegenwert von 12 Millionen Franken getätigt werden.

Mit dem erklärten Ziel, effiziente und kleinere Schulstandorte zu haben, stehen somit - ohne Ausbau des Gymnasiums und ohne neue Mietlösung St. Elisabeth - bereits zusammengefasst 36 Millionen Franken für das SZU II zur Verfügung.

Nun müssen nur noch die Gemeinden Ruggell und Gamprin ihre infrastrukturellen Bedürfnisse auf mögliche Synergien mit dem SZU II überprüfen, sodass materiell wie auch finanziell bei einem Gemeinschaftsprojekt Einsparungen erzielt werden. Dann muss der Rotstift nur

noch die Luxusbauten in eine bedarfsgerechte Infrastruktur umwandeln. Die Bescheidenheit und der Verzicht auf Kunst am Bau sind beispielhafte Parameter. Das neue Projekt heisst SZU II «Spar» mit einem Verpflichtungskredit von max. 40 Millionen Franken. Wenn wir es wollen, dann können wir es.

Im Zeichen der Globalisierung gibt es keine Schaaner, Vaduzer oder Eschner Schulen, sondern es sind Liechtensteiner Schulen. Allein aus der Betrachtung der Zeitdistanzen muss der «Örtliche» zurückgestellt werden, denn vom Gymnasium zum SZU II dauert eine Busfahrt 20 Minuten und ab Busbahnhof Schaan nur 12 Minuten. Ich erwarte von der Regierung eine Schulstandortplanung, welche die Regionen optimal abdeckt. Bei heutigem Informationsstand werde ich keinen neuen Verpflichtungskredit wie auch Mietbudgetposten zustimmen.

Manfred Batliner, FBP-Abgeordneter

Trennung von Staat und Kirche: Eschen lehnt Gesetz in vorliegender Fassung ab

Gegenwind Auch der Eschner Gemeinderat lässt kein gutes Haar an dem von Regierungschef Tschütscher ausgearbeiteten Glaubensgemeinschaftengesetz.

VON MICHAEL BENVENUTI

Selten wurde eine Gesetzesvorlage so negativ beurteilt wie der Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Neuordnung des Staatskirchenrechts. Ob Erzbistum, der Verein für eine offene Kirche, die evangelische Kirche oder die Gemeinden: Sie alle begrüßen zwar, dass die Regierung Tschütscher nach Jahren des Stillstands das Thema Trennung von Staat und Kirche endlich in Angriff nimmt, die geplante Umsetzung stösst allerdings ausnahmslos auf massiven Widerstand. In den Chor der Kritiker stimmt nun auch der Gemeinderat von Eschen ein. In der Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht heisst es: «Der Gemeinderat nimmt zur Vorlage eine kritische Haltung an und er lehnt das Gesetz in der vorliegenden Fas-

sung ab.» Mit der vorliegenden Gesetzesänderung könne das vom Gemeinderat geforderte Ziel einer sauberen Trennung zwischen Kirche und Staat nicht erreicht werden. Hauptkritikpunkte sind die «unzureichende Regelung der Finanzierung der Glaubensgemeinschaften» sowie die «fehlenden Rahmenbedingungen für die Entflechtung des Staates und der Kirche».

Aus der Verantwortung gestohlen

Dass die Regierung Tschütscher einerseits die Selbstfinanzierung der Religionsgemeinschaften vorsehe, andererseits die vermögensrechtliche Entflechtung zwischen Gemeinden und katholischer Kirche nicht regle, sei nicht nachvollziehbar, klagt der Eschner Gemeinderat: «Wenn die Selbstfinanzierung zur Grundlage des staatlichen Religionsrechts bzw. des Finanzierungssystems gemacht wird, sind doch die vermögenswerten Bedürfnisse der katholischen Kirche zu berücksichtigen.» Die Vernehmlassungsvorlage lasse zudem offen, ob das Land an einer Entflechtungslösung mitwirken wer-

de. «Bevor man ein System der Selbstfinanzierung den Gemeinden vorschreibt, müsste über diese Form der Finanzierung mit den Gemeinden gesprochen werden», fordert der Eschner Gemeinderat und schlägt vor: «Es wäre zielführend und wünschenswert, wenn die Regierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden grundlegende Leitlinien für bevorstehende Verhandlungen mit der katholischen Kirche erarbeiten würde. Ansonsten können sich die Gemeinden dann auf kein festgelegtes und abgestimmtes Grundlagenpapier stützen.»

Zur Erinnerung: Die 2007 vom damaligen Regierungschef Otmar Hasler vorgeschlagene Lösung zur Trennung von Staat und Kirche sah statt einer Selbstfinanzierung der Religionsgemeinschaften das System der Mandatssteuer vor. Gleichzeitig wäre Gemeinden und katholischer Kirche per Gesetz ein Zeiträumen von fünf Jahren für die Entflechtung gesetzt worden. Wäre es innert dieser Frist zu keiner Einigung gekommen, hätte der Verwaltungsgerichtshof als Schiedsgericht gewaltet.



Trennung von Staat und Kirche: Die von Regierungschef Tschütscher geplante Lösung stösst auf breite Ablehnung. (Foto: Zanghellini)

